für die
volks-
macht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRA

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Das edle Geschäft mit der Menschlichkeit

Und der genauso edle Edelmetalltransport des Nguyen Van Thieu

Die Saigoner Militärs haben sehr lange und sehr grausam über große Teile Südvietnams geherrscht. Als heuer ihr Machtbereich dahinschmolz wie schmutziger Schnee in der Frühlingssonne, da hatte deshalb niemand mit ihnen Mitleid. Nicht einmal der Westen. Aber gerade das Mitleid der westlichen Massenmedien, vor allem der amerikanischen, hätten die Militärs bitter nötig gehabt, denn nur über eine neue Welle der Hilfsbereitschaft wären sie noch einmal an den US-Kongreß und über diesen wiederum an weitere Rüstungsmilliarden herangekommen. In diesem Augenblick höchster Bedrängnis also hatte Phan Quang Dan, der Vizepremier von Saigon, eine Idee. Womit, so überlegte er, kann man das harte Herz eines amerikanischen Kongreßabgeordneten wohl am meisten rühren? Antwort: mit traurigen Kinderaugen. Und wer hat diese traurigen Augen? Saigoner Waisenkinder!

Die Aktion „Babylift" war somit geboren. In einem vertraulichen Brief schrieb Phan Quang Dan an den Premierminister Tran Thien Khiem, daß die Massenversendung von Waisen „in der ganzen Welt, besonders in den USA, tiefe Emotionen aufrühren und ein für Südvietnam günstiges politisches Klima schaffen" werde. US-Botschafter Graham Martin habe erklärt, wenn die Waisen in Amerika landeten, werde die Wirkung ungeheuer sein.

Na ja, ungeheuer war die Wirkung dann zumindest für jene 150 Kinder, die beim Absturz einer altersschwachen Galaxy-Maschine ums Leben kamen. Weitere 2000 Kinder aber landeten glücklicherweise lebend in den Staaten, und weil es sich um ausgesucht gesunde und hübsche Kinder handelte – kranke oder napalmverbrannte wären zu wenig fotogen gewesen –, darum stand auch Präsident Ford an der Gangway und spielte den gerührten Daddy.

Doch die Zeit der militärisch nutzbaren Gefühlsaufwallungen ist vorbei. Das Volk ist mißtrauisch geworden; es fiel ihm auf, daß viele der vietnamesischen Waisenkinder nur halbe Vietnamesen und wahrscheinlich nicht einmal halbe Waisen sind. Etliche von ihnen sind nämlich blond oder kraushaarig, ein sicheres Zeichen, daß beim Zeugungsakt irgendein US-Soldat mehr als nur die Hand im Spiele hatte. (Bis vor kurzem genoß Saigon noch den zweifelhaften Ruhm, das größte Bordell der Welt zu sein.) Und es sprach sich herum, daß manche Kinder ihren halbseidenen Müttern – oder deren Zuhältern und Zwischenhändlern – buchstäblich abgekauft worden waren. Stückpreis bis zu 25 000 Schilling. Kein Wunder also, daß das Unternehmen Babylift nicht nur kein „politisch günstiges Klima" schuf, sondern wegen „Unregelmäßigkeiten" sogar abgebrochen wurde. Es ist geradezu symbolträchtig, daß die Aktion damit genauso endet wie der ganze schmutzige Krieg in Indochina. Viele Unschuldige verlieren ihr Leben, während sich ein paar Geschäftemacher die Taschen füllen.

Apropos Geschäftemacher. Ein Charterflugzeug sollte „einige persönliche Habseligkeiten" des (damals noch nicht zurückgetretenen) Diktators Thieu und „ein paar Gepäckstücke" des geflohenen kambodschanischen Putschpräsidenten Lon Nol in die Schweiz bringen. Das Nachrichtenmagazin „Time" berichtete, woraus die Habseligkeiten und Gepäckstücke der beiden Ehrenmänner bestanden: aus 16 Tonnen Gold im Wert von 73 Millionen Dollar. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 99, Mai 1975

Treffpunkt der Marxisten-Leninisten am 1. Mai 1975 um 11 Uhr am Burgring (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor)

Vorwärts im Kampf um die sozialistische Revolution!



Die »APO« von rechts und ihre Lehren

Am 18. März wurde eine ÖGB-Statistik der Streiks in Österreich veröffentlicht. Danach gab es im Jahre 1974 rund 7.000 Streikende mit knapp 58.000 "verlorenen" Arbeitsstunden. Das bedeutete etwas mehr als eine Minute pro Kopf aller österreichischen Arbeitnehmer. Und es wurde dabei betont, daß dies die geringste Streikbewegung seit Jahren war. Dagegen konnte gerade in den Jahren der Kreisky-Regierung eine außerparlamentarische Aktivität erstaunlichen Ausmaßes von seiten bürgerlicher Schichten vermerkt werden. Rufen wir kurz in Erinnerung:

Ärzte-Demonstration gegen den Ausbau der Kassenambulatorien. Sie wurde veranstaltet von jenen Hippokrates-Jüngern, die keine "Angestellten" - und sei es auch "gehobenen Stils" - sein möchten, sondern ihre "vertraglich" gesicherte Großbürgerexistenz auf Kosten der Sozialversicherung, d. h. direkt und indirekt auf Kosten der Werktätigen, noch mehr versüßen wollen. - Und sie vermochten ihre Forderungen gegen die parlamentarische SP-Mehrheit durch diese - natürlich von den parlamentarischen Minderheitsparteien unterstützte (richtiger: absichtlich ausgelöste) - außerparlamentarische Aktion im wesentlichen durchsetzen.

Ortstafelsturm in Kärnten. Eine von deutschnationalen Testamentvollstreckern Hitlers aufgeputschte Menge machte ein Bundesgesetz undurchführbar, das im Einklang mit unserer bürgerlich-demokratischen Verfassung durch Mehrheitsbeschluß vom Parlament verabschiedet worden war. Natürlich gelang dieser "Sturm" nur dank der massiven Unterstützung (richtiger: Initiative) der "Oppositionsparteien". Wieder also eine wirksame außerparlamentarische Aktion jener, die im Parlament in der Minderheit sind!

Der Zahnärzte-"Zustand". Wer erinnert sich nicht an den berüchtigten "vertragslosen Zustand" zwischen den Sozialversicherungsanstalten und den Zahnärzten? Mehr als ein halbes Jahr dauerte er an. Die Werktätigen mußten nicht nur beim Zahnziehen, sondern auch beim "Taschelziehen" bluten. Obwohl sie es sind, die durch ihre Sozialversicherungsbeiträge und Steuern für die "vertraglichen" Einkommen der Zahnärzte aufzukommen haben! 69 Prozent "Aufbesserung" der Krankenkassenzahlung für die Zahnärzte wurden verlangt. Haben je "lohnabhängige" Arbeiter und kleine Angestellte eine derartige Einkommenssteigerung zu fordern gewagt? Schließlich haben die Zahnärzte und Dentisten das durchgesetzt, was sie sich eigentlich erwartet hatten. Wie ? Eben durch ihre "außerparlamentarische Aktion", die - eh schon wissen! - natürlich von den parlamentarischen Oppositionsparteien gefördert und angeheizt wurde.

"Aktion Leben". Diesen Namen gab sich eine von der schwärzesten klerikalen Reaktion angeführte außerparlamentarische Bewegung für ein "Volksbegehren", durch welches ein verfassungsgemäß zustandegekommenes Gesetz zu Fall gebracht, genauer: nachträglich rückgängig gemacht werden soll. Die Abschaffung des berüchtigten § 144 ist eine uralte Forderung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der bürgerlichen Frauenbewegung, nicht nur bei uns, sondern in allen kapitalistischen Ländern. In den meisten von ihnen ist die Bestrafung der Frau für die Abtreibung ihrer unerwünschten Leibesfrucht bereits aufgehoben worden. Gerade im angeblich "fortschrittlichen" Österreich und gerade unter einer sozialdemokratischen Regierung konnte eine solche massive außerparlamentarische Aktion gegen die gewählte Parlamentsmehrheit und einen legalen Parlamentsbeschluß gestartet werden, eine Aktion, durch welche die Kreisky-Regierung und die SPÖ praktisch in die Defensive gedrängt wurden! Betätigt sich denn da nicht die parlamentarische Minderheit als wirksame "außerparlamentarische Opposition"?

Rübenbauern besetzen Zuckerfabriken. Anfang 1975 verlangten die Zuckerbarone, an deren Spitze der privatkapitalistische Monopolkonzern Schöller steht, eine neuerliche Erhöhung der Zuckerpreise, nachdem sie bereits ein Vierteljahr früher eine Erhöhung durchsetzen hatten können. Sie beriefen sich auf die Hausse am Zuckerweltmarkt im Jahre 1974, die freilich mittlerweile einem internationalen Preisrückgang gewichen war. Die großkapitalistischen Zeitungen schrieben sogar unverhohlen und unverschämt, man könne ja jetzt auf das offiziell anerkannte Zuckerkartell verzichten, da dieses doch zur künstlichen Hochhaltung der Preise über dem Weltmarktniveau bestimmt sei, im Falle höherer Preise auf dem Weltmarkt im Vergleich zu den Inlandspreisen jedoch eine "natürliche" Verteuerung durch den "freien Wettbewerb" einträte! Und siehe da: Die ÖVP mobilisierte durch ihren Niederösterreichischen Bauernbund die Zuckerrübenproduzenten, damit diese durch Fabrikbesetzung die Wünsche der Monopolkapitalisten durchsetzen helfen. Die Rübenbauern ließen sich dabei gegen die wahren Bauerninteressen mißbrauchen. Denn andernfalls müßten sie doch ihre - infolge der Inflation berechtigten - Preisforderungen nicht auf Kosten der Konsumenten zu befriedigen trachten, zu denen ja schließlich auch die gewaltige Mehrheit der Bauern gehört, die keine

Zuckerrüben anbaut, sondern auf Kosten der Kapitalsprofite. Wie die Dinge aber heute nun einmal stehen, ließen sich eben die Rübenbauern in eine "außerparlamentarische" Oppositionshandlung einspannen, die lediglich den Multimillionären nützte.

Professorenstreik gegen UOG. Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) soll in diesem Frühjahr beschlossen werden. Es ist nur eine äußerst bescheidene und für fortschrittliche Menschen sogar des Bürgertums (man bedenke, daß die Ordnung, nach der bis zum heutigen Tag die österreichischen Hochschulen verwaltet werden, noch aus dem feudalen Mittelalter stammt und sogar den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Kapitalistenklasse nicht mehr entspricht!) unzulängliche "Reform". Dennoch läuft die Reaktion Sturm dagegen, fürchten doch die Herren Professoren und ihre Hintermänner einen Verlust an Privilegien, weil (etwa durch die "Drittelparität") auch die Studenten und Assistenten ein formelles Mitspracherecht erhalten sollen. ÖVP und FPÖ weigern sich, mit der Wissenschaftsministerin über Modifikationen, die eine einstimmige Annahme des Gesetzes ermöglichen könnten, auch nur zu verhandeln, obwohl Herta Firnberg - nach "altbewährter" sozialdemokratischer Manier - zum größtmöglichen Nachgeben (trotz absoluter SPÖ-Parlamentsmehrheit!) bereit ist. Statt dessen schickt die parlamentarische Minderheit die reaktionären Professoren ins Feuer, läßt sie streiken, obwohl die Herren jeden Arbeiterstreik gleichsam als "Revolution" verteufeln und obwohl laut Gesetz angeblich Staatsbeamte (zu denen die Hochschulprofessoren gehören) gar nicht streiken dürfen! Wiederum soll eine "außerparlamentarische Opposition" die gewählte Mehrheit des Parlaments und ihre Regierung außer Gefecht setzen! Und wenn nicht aller Schein trügt, wird ihnen das auch diesmal gelingen...



Das ist nur eine kleine Auswahl von außerparlamentarischen Aktionen der parlamentarischen Minderheitsparteien in der "Ära Kreisky", die wir in chronologischer Reihenfolge angeführt haben. Man könnte sie beliebig vermehren. Zur Kennzeichnung der heutigen Situation genügen sie jedoch. Welche Lehren haben daraus die arbeitenden Menschen Österreichs zu ziehen, besonders im heurigen Wahljahr?

1. Die arbeitenden Menschen Österreichs haben 1971 der SPÖ die absolute Mehrheit gegeben. Das erste Mal in der Geschichte! Wieviel haben sich doch die Arbeiter seinerzeit von einem solchen Wahlausgang erwartet! In der ersten Republik versprach Otto Bauer den Arbeitern die Einführung des Sozialismus, wenn die SP mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten sollte; und im "Linzer Programm" (1926), das hauptsächlich von Bauer inspiriert war, wurde den Kapitalisten ausdrücklich mit der "Diktatur des Proletariats" gedroht, falls sie es wagen sollten, den Wählerwillen zu mißachten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Kreisky hat keinen "Sozialismus" versprochen und schon gar nicht mit der "Diktatur des Proletariats" gedroht. Er versprach nur Reformen, und zwar solche, die dem Kapital keineswegs wehtun. Im Gegenteil: Diese "Reformen" liegen (wie etwa die Strafrechtsreform und die Schulreform) durchaus im Interesse der herrschenden Bourgeoisie, weil sie lästige Überbleibsel aus der mittelalterlichen Feudalgesellschaft beseitigen. Oder sie waren schon von früheren Regierungen geplant bzw. hätten von jeder beliebigen Regierung dieser bürgerlichen Republik früher oder später beschlossen werden müssen (wie etwa die Verwaltungsreform, das Ortstafelgesetz usw.). Oder sie verstärken nur die Abhängigkeit der Werktätigen von den Ausbeutern sowie ihre Gängelung und Manipulation durch die tragenden Institutionen des bürgerlichen Staates (wichtigstes Beispiel: Arbeitsverfassungsgesetz). Und dennoch: Durch außerparlamentarische Aktionen der Rechtsparteien wurde ein verfassungsmäßig, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß zustandegekommenes Gesetz faktisch undurchführbar gemacht (das Ortstafelgesetz) und ein anderes (über die "Fristenlösung") in Frage gestellt und mit Rückgängigmachung bedroht, ein drittes (Universitätsorganisationsgesetz) dermaßen sabotiert, daß es - wie die Dinge heute aussehen - zumindest auf die lange Bank geschoben wurde, entgegen dem Willen der "vom Volk gewählten" Parlamentsmehrheit.

Muß es da nicht jedem denkenden Arbeiter klar werden, daß durch Nationalratswahlen nichts Wesentliches im Interesse der Werktätigen entschieden werden kann, daß das Parlament nur eine Kulisse ist, hinter welcher die wahren Machthaber ihre Drähte ziehen, nämlich die Kapitalisten, die durch den administrativen, juridischen und (vor allem!) Gewaltapparat ihres Staates - ohne Rücksicht auf das Parlament, auf die Mehrheitsverhältnisse in diesem und auf die Form der parlamentarischen Regierung - die unumschränkte Macht in Österreich ausüben? Und die erste Lehre, welche die Arbeiter logischerweise ziehen müssen, lautet: Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) hat recht, wenn sie sagt: "Wer die Macht hat, macht die Wahlen; das arbeitende Volk im heutigen

Österreich hat nichts zu reden und niemand zu wählen!"

2. Vor den Herbstwahlen 1971 plakatierte die SPÖ: "Laßt Kreisky und sein Team arbeiten!" Und die Mehrheit der abstimmenden Wähler stimmte dieser Losung zu. "Warum lassen sie ihn dann nicht arbeiten?", fragen sich so manche SP-Arbeiter. Im Frühjahr 1970 schrieben wir: "Kreisky wie Klaus - Diener des Kapitals". Niemand konnte seither bestreiten, daß alles, was die SPÖ-Regierung tat, dem Kapital - als Ganzes genommen - nützte, daß nichts, was sie tat, ihm schadete. Mehr noch: In unserem Mai-Flugblatt 1972 stellten wir die Frage: "Ist Kreisky schlechter als Klaus?" und beantworteten sie selbst auf Grund der Tatsachen: Nein, die SPÖ-Regierung, als unmittelbare Interessenvertreterin eines Großteils der Manager in den verstaatlichten, Landes- und Gemeindeunternehmungen (der bürokratischen Kapitalisten) sowie ihrer privatkapitalistischen "Hausmacht" rund um die BAWAG, ist objektiv die bessere Regierung im Interesse des Kapitals. Die Erfahrung in den letzten drei Jahren bestätigt diese These vollinhaltlich. Warum? Weil die SPÖ-Führung in größerem Maße als die ÖVP das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse zum Ausdruck zu bringen vermag, während die ÖVP durch Rivalitäten zwischen einzelnen Gruppen der Ausbeuterklasse innerlich zerrissen ist; und weil die SPÖ vermittels der ÖGB-Bonzokratie mehr als zwei Drittel der Bevölkerung (75 Prozent aller Erwerbstätigen Österreichs sind "lohnabhängige" Arbeiter und kleine Angestellte!) in der Hand hat und am wirksamsten gängeln und manipulieren kann. Warum - so fragen denkende Arbeiter weiter - hetzen dann die "Oppositions"parteien gegen die SP-Regierung und machen deren parlamentarische Arbeit in der Praxis zunichte?

Ja, warum denn? Weil der Parteienhader den Klassenkampf übertünchen soll. Weil diese "Spielregeln der Demokratie" ("Opposition" gegen Regierung) nichts als Spiegelfechterei sind, um die Volksmassen zu ängstigen und zu betrügen. Es geht der "Opposition" keineswegs um einen "ehrlichen" Kampf gegen die verschiedenen Gesetze und Gesetzesentwürfe der Kreisky-Regierung, die ja den Kapitalisten und ihrem Staat dienlich sind. Es geht ihnen vielmehr darum, die öffentliche Meinung zu "verunsichern", die Volksmassen einzuschüchtern. Und das bedeutet: Die einen - die schwankenden kleinbürgerlichen Schichten (klassenmäßig gesehen) bzw. die "Wechselwähler" (parlamentarisch-wahltechnisch betrachtet) - sollen durch die "außerparlamentarische" Macht der "Opposition" erschreckt und zu einem "Frontwechsel" verleitet werden, damit das Wechselspiel Regierung-Opposition zwecks ewigen Volksbetrugs flott weitergehen könne; die anderen - die sozialdemokratischen Stammwähler, also die Mehrheit der Arbeiterklasse - sollen vor einer faschistischen Reaktion ("Bürgerblock" etc.) Angst bekommen und deshalb Kreisky & Co. als "kleineres Übel" wiederwählen, wie sehr sie auch von der Praxis der SPÖ enttäuscht und folglich "wahlmüde" sein mögen. Das ist das ganze Geheimnis!

Und so müssen die Arbeiter die zweite Lehre ziehen: Die VRA hat recht, wenn sie immer wieder auf Grund wissenschaftlicher Analyse und praktischer Erfahrung nachweist, daß die bürgerliche "Demokratie" nur eine verkappte Diktatur der Bourgeoisie ist, daß den werktätigen Massen eine Schein-Entscheidung geboten wird, damit sie nicht gegen das ganze kapitalistische Ausbeutersystem, egal unter welcher Flagge dieses segelt, aufbegehren; daß in diesem System die "Wahlen" nichts anderes bedeuten, als den diversen Parteien der herrschenden Klasse (einschließlich der SPÖ und der "K"PÖ) die Möglichkeit zu geben, sich auf den "Volkswillen" zu berufen, wenn sie nach den Wahlen das Volk noch mehr ausplündern und unterdrücken; daß dieses "Votum" der Wähler jeder kommenden Regierung lediglich ein Alibi für die Fortsetzung der brutalen Kapitalsherrschaft geben soll!

3. Die herrschende Kapitalistenklasse begeht aber bei all diesen Betrugsmanövern einen groben Rechenfehler - ungewollt und unvermeidlich. Die bürgerlich-parlamentarische "Demokratie" ist nämlich auf der einen Seite nach Marx und Engels die "beste Regierungsform" im kapitalistischen Gesellschaftssystem; denn bei dieser Herrschaftsform "wählen die Kälber ihre Schlächter selber", wie es - abgewandelt - in einem alten Wahlslogan der kämpfenden Arbeiterbewegung hieß. Auf der anderen Seite muß aber - um eben diesen Zweck zu erreichen - dem Schein Genüge getan werden: muß den Werktätigen - zumindest formell - das Recht auf außerparlamentarischen Kampf (durch Presse und Versammlungen, Streiks und Demonstrationen etc.) "gewährt" werden. Eben deshalb haben Marx und Engels (und nach ihnen Lenin und Mao Tsetung) wiederholt die bürgerlich-parlamentarische Demokratie auch als den "besten Kampfboden" für das nächste Ziel der Arbeiterklasse - die Eroberung der politischen Macht - bezeichnet.

Doch siehe da: In unserer Zeit ist es nicht die Arbeiterklasse, die alle ihr von den Kapitalisten notgedrungen gebotenen Möglichkeiten legaler außerparlamentarischer Aktionen benützt, um die Herrschaft einer verschwindenden Bevölkerungsminderheit über die gewaltige Mehrheit der werktätigen Menschen in Frage zu stellen und damit ihren Sturz vorzubereiten, sondern die herrschende Klasse beeilt sich, selbst alle möglichen außerparlamentarischen Aktionen zu unternehmen, um die arbeitenden Menschen vor selbständigen direkten Aktionen zur Wahrung ihrer Interessen abzuschrecken! Wie sollte es da nicht den Arbeitern, vor allem den Mitgliedern und Anhängern der SPÖ, einleuchten, daß die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) tausendmal recht hat, wenn sie immer wieder die Massen aufruft, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, ihr zahlenmäßiges und gesellschaftliches Übergewicht voll in die Waagschale zu werfen, um sich gegen die wachsenden Anschläge des Kapitals wirksam zur Wehr zu setzen und den Weg zu ihrer endgültigen Befreiung freizumachen.

Selbsthilfe, Kampf in den Betrieben, an den Wohnstätten usw., gestützt auf die eigene Kraft - das ist es, was die marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiter ihren Klassenbrüdern - vor allem den sozialistischen Genossen - zurufen! Boykottieren wir die Schwindelwahlen! Setzen wir der außerparlamentarischen Opposition ("APO") von rechts den aktiven außerparlamentarischen Kampf (durch Demonstrationen, Streiks u.ä.) der breitesten Massen der arbeitenden Bevölkerung entgegen! Das ist die dritte - die wichtigste - Lehre, die wir aus der politischen Geschichte unseres Landes in den letzten vier bis fünf Jahren zu ziehen haben. ●



Dung Bi-wu

Anläßlich des Ablebens von Genossen Dung Bi-wu hat die VRA folgendes Schreiben an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas geschickt:

Werte Genossen!

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, daß Genosse Dung Bi-wu, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, am 2. April 1975 im Alter von 90 Jahren gestorben ist.

Genosse Dung Bi-wu war Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Chinas und Teilnehmer ihres I. Parteitags im Jahre 1921. Er trat stets konsequent für die richtige proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung ein und bewährte sich als standhafter Kommunist und beispielgebender Vorkämpfer der großen Chinesischen Revolution.

Wir teilen Euren Schmerz über diesen schweren Verlust und werden das Andenken an den hervorragenden proletarischen Revolutionär Genossen Dung Bi-wu immer hochhalten. Wir müssen von seinem revolutionären Geist lernen und so Trauer in Kraft verwandeln.

VRAÖ(ML)

Die tiefempfundene Anteilnahme der österreichischen Marxisten-Leninisten drückten Genossen unserer Organisation auch bei einem Kondolenzbesuch in der Botschaft der Volksrepublik China in Wien aus. ●

30 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus und Beendigung des 2. Weltkrieges:

Vorwärts im Kampf um die sozialistische Revolution

30 Jahre Frieden, 30 Jahre Freiheit und Demokratie, 20 Jahre Unabhängigkeit und Neutralität. Diese Jahrestage seien ein Grund für Österreich, für jeden Österreicher, diese Errungenschaften zu würdigen und auf das in diesen 30 Jahren Erreichte stolz zu sein.

So sagt die herrschende Klasse, und sie verwendet Millionen von den Massen abgepreßten Steuergeldern, um es den Arbeitern und dem Volk einzubleuen. Denn es leuchtet nicht von selber ein, daß der Arbeiter ein System feiern soll, das ihm Lohnraub, Arbeitshetze und Gefährdung der Existenz bringt, das ihm politische Rechtlosigkeit gegenüber dem Staatsapparat und, wo er sich für seine Interessen zu rühren beginnt, Unterdrückung bringt. Es zeigt sich hier sehr rasch, daß die Einschätzung der letzten 30 Jahre davon abhängt, von den Interessen welcher Klasse man ausgeht.

Die Befreiung vom Hitlerfaschismus und die Beendigung des 2. Weltkriegs sind für die Arbeiterklasse ein Grund zum Feiern

Am 13. April 1945 wurde Wien durch die Rote Armee von der faschistischen Diktatur, von der nazideutschen Fremdherrschaft befreit. Am 9. Mai kapitulierten die letzten Einheiten der Hitler-Wehrmacht auf österreichischem Territorium und damit war für Österreich der 2. Weltkrieg zu Ende. Die Niederlage des Faschismus im 2. Weltkrieg, die damit einhergehende Erschütterung des ganzen imperialistischen Weltsystems und die Errichtung der Volksdemokratie in mehreren Ländern bedeutete eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses auf der ganzen Welt zugunsten der Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus. Die Niederlage des Faschismus war auch fur die österreichische Arbeiterklasse ein bedeutender Schritt vorwärts. Die österreichische Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen hatten jahrelang unter der austrofaschistischen Diktatur und unter der nazideutschen imperialistischen Fremdherrschaft gelitten. Hunderttausende Österreicher waren auf den Schlachtfeldern des 2. Weltkriegs für die Interessen des Monopolkapitals verblutet. Imperialismus und Faschismus hatten unser Land an den Rand des Abgrunds gebracht, es verwüstet, es seiner besten Söhne und Töchter sowie vieler seiner Reichtümer beraubt. Mit der Beendigung des Krieges und der faschistischen Herrschaft verbanden daher die österreichischen Arbeiter, deren bewußteste Kräfte unter Führung der damals noch revolutionären KPÖ an der vordersten Front des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gestanden hatten, die Hoffnung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Hunger und Elend, ohne Krieg und Kriegsgefahr.

Die österreichische Arbeiterklasse hat allen Grund, den Sieg über den Faschismus und die Beendigung des Weltkrieges zu feiern und sich gerade in der heutigen Zeit der Krise des Kapitalismus die Hoffnungen, die sie damals hegte, wieder zu vergegenwärtigen.

Aber diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Der Hauptgrund dafür war, daß die Arbeiterklasse sich nicht bewußt und einheitlich der Bourgeoisie entgegenstellen konnte. Vielmehr konnte die SP-Führung durch ihren großen Einfluß unter den Arbeitern die Arbeiterklasse politisch spalten und große Teile der Klasse vom Kampf gegen die Kapitalsherrschaft und für die Volksdemokratie abhalten. Begünstigt wurde dies durch die Illusionen, die die damals noch revolutionäre KPÖ in bezug auf die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus nährte.

So blieb Österreich weiter unter der Diktatur der herrschenden Klasse. Die vereinigten reaktionären Kräfte, massiv unterstützt vom US-Imperialismus, gingen schnell daran, ihren durch den Krieg zerstörten Staatsapparat zu restaurieren. Mit Hilfe des wiederhergestellten bürgerlichen Staatsapparates und mit massiver Beteiligung des USA-Imperialismus in Gestalt der sogenannten "Marshall-Hilfe" ging die herrschende Klasse daran, die Produktion für den Profit einiger weniger wieder in Gang zu setzen. Für die Arbeiterklasse bedeutete das verstärkte Ausbeutung und massive Angriffe auf ihr Lebensniveau. Der Widerstand, den die Arbeiterklasse dagegen leistete, fand seinen Höhepunkt im Oktoberstreik 1950, der wiederum hauptsächlich mit Hilfe der SP-Führung niedergeschlagen werden konnte, wobei die schwankende Haltung der Führung der KPÖ und der zeitweilige Streikabbruch die Niederlage begünstigten.

Das Österreich, das mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 schließlich seine volle Unabhängigkeit und Souveränität erlangte, war erneut ein Österreich, in dem alle wirtschaftliche und politische Macht in der Hand der Kapitalistenklasse lag.

Dem Österreich des Kapitals steht die Arbeiterklasse feindlich gegenüber

Mit diesem Österreich des Kapitals und des Imperialismus hat die Arbeiterklasse, mit deren Schweiß es wieder aufgebaut wurde und auf deren Rücken es heute lastet, nichts gemeinsam. Die herrschende Klasse redet von "Freiheit". Aber der Freiheit der Kapitalisten, alle Produktionsmittel zu besitzen und die Arbeiterklasse auszubeuten, entspricht die "Freiheit" der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sich ausbeuten zu lassen, wenn sie nicht verhungern will.

Die herrschende Klasse redet von "Demokratie". Aber in unserem Land haben die Besitzenden alles, die arbeitenden Menschen nichts zu reden. Die herrschende Klasse verfügt zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung über den bürgerlichen Staatsapparat als ihr Instrument, um das Volk niederzuhalten und um es auszuplündern durch Steuern, Abgaben und Tarife. Für die Arbeiterklasse und das Volk bedeutet diese "Demokratie" Rechtlosigkeit, Schikanen und Unterdrückung. Während die herrschende Klasse diese "Demokratie" feiert, muß die Arbeiterklasse dieser Demokratie für die Bourgeoisie den Kampf um die proletarische Demokratie entgegenstellen, in der nicht ein mit parlamentarischen Äußerlichkeiten verzierter, aber vollständig vom Volk abgesonderter und getrennter Staatsapparat die politische Macht gegen das Volk ausübt. Was die Arbeiterklasse aber zur Durchführung ihrer sozialen Revolution braucht ist ein Staat, in dem das Volk selbst die politische Macht ausübt, indem es z.B. jederzeit alle Volksvertreter, Beamten, Richter usw. zur Rechenschaft ziehen und abwählen kann, und wo diese nicht mehr verdienen als auch ein Facharbeiter im Durchschnitt verdient; ein Staat, in dem z.B. die stehende Armee, Polizei usw. ersetzt wird durch die allgemeine Volksbewaffnung und Organisierung des bewaffneten Volkes als Miliz, so daß die Waffen gegen die Ausbeuterklasse im Inneren und gegen imperialistische Überfälle von außen gerichtet werden, aber niemals mehr gegen die eigenen Klassenverbündeten im Inneren oder im Äußeren und zum Nutzen des Monopolkapitals.

Die herrschende Klasse redet von "Unabhängigkeit" und "Neutralität". Aber ihre Politik ist nicht auf das gerichtet, was für die Arbeiterklasse und das Volk von Interesse ist: auf die Unabhängigkeit vom Imperialismus und auf die Verbundenheit mit dem Freiheitskampf der Völker der Welt gegen ihn.

Die herrschende Klasse redet von "Frieden" und "Entspannung". Aber die Tatsachen zeigen hinter dem Rauchvorhang von "Entspannung" die immer heftigere Rivalität der beiden Supermächte, ihre wahnwitzige Aufrüstung und die immer drohendere Kriegsgefahr, besonders in Europa und an seiner Südflanke. Die sogenannte "Neutralitätspolitik" der herrschenden Klasse ist nur eine besondere Form, in der sie und ihr Staat an der imperialistischen Konkurrenz teilnehmen. Keinesfalls kann sie Österreich aus der politischen und wirtschaftlichen Krise heraushalten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges von ihm abwenden.

Die Arbeiterklasse und das Volk haben kein Interesse an diesem System, das in seinem Wesen auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, den Faschismus hervorgebracht und bereits zu zwei Weltkriegen geführt hat und immer wieder Not, Elend und Krieg über die Menschheit bringt. Die Arbeiterklasse und das Volk haben kein Interesse an dem System, das die Bourgeoisie jetzt mit Schlagworten wie "Freiheit" und "Demokratie", "Unabhängigkeit" und "Neutralität", "Frieden" und "Entspannung" zu rechtfertigen und zu verteidigen sucht. Die Arbeiterklasse muß vielmehr den Klassenkampf gegen dieses System führen, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, selber die Macht ergreifen und den Sozialismus aufbauen, um im Inneren Schluß zu machen mit der kapitalistischen Ausbeutung, um sich wirklich zu befreien und um eine wirkliche proletarische Demokratie zu errichten; und um nach außen das Land loszureißen von der Kette des Imperialismus, um die wirkliche Unabhängigkeit des Landes zu sichern, damit die österreichische Arbeiterklasse und das Volk nie mehr Blutopfer bringen für die imperialistische Bourgeoisie.

Nur der Klassenkampf und die Revolution weisen den Weg zu einem blühenden sozialistischen Österreich.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

KB Graz, KB Linz, KB Salzburg-Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Klagenfurt, VRAÖ/ML

Die ÖGB-Konferenz im Bezirk Gänserndorf

beleuchtet markant die Praktiken auf derlei Veranstaltungen.

Zuerst einmal waren von 190 Delegierten nur 116 anwesend. Fast die Hälfte war also "abwesend". Für diese Zahl gibt es keine plausiblen Entschuldigungsgründe. Entweder haben sich die Abwesenden um ihre Aufgaben als Betriebsräte und Vertrauensleute der Arbeiter nicht gekümmert oder sie waren der Meinung, daß eine Teilnahme ohnehin zwecklos ist, weil echte Arbeitervertreter dort ohnedies nichts zu reden oder gar zu bestimmen haben. In beiden Fällen erfordert dies bei den Arbeitern ernste Überlegungen. Im ersten Fall müssen die Arbeiter endlich einmal dagegen rebellieren, daß ihnen als Betriebsfunktionäre von den Parteizentralen Leute aufgezwungen werden, die im Interesse "besserer Positionen" zu allem ja und amen sagen, was von den Bonzen oben kommt, sich aber um die Interessen der Arbeiter einen Dreck kümmern. Im zweiten Fall müssen gewählte Funktionäre erkennen, daß in Lethargie verfallen überhaupt nichts nützt. Im Gegenteil, es muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Arbeiter nur im Betrieb gestützt auf die eigene Kraft ihre Interessen durchsetzen können. Wenn notwendig auch gegen den Willen der ÖGB-Bonzen.

Die Konferenz an und für sich war völlig unnötig. Es wurden zwar einige kommunalpolitische Beschlüsse gefaßt (eine Marchfeldbewässerung wurde gefordert und der Ausbau der Schnellbahn), zu Fragen der Teuerung, einer Lohnerhöhung, der steigenden Antreiberei in den Betrieben und der Drohung mit dem gefährdeten Arbeitsplatz usw. verlor aber kein einziger Delegierter der Konferenz außer unserem Genossen Jocha auch nur ein Wort. Die Würfel darüber waren längst in den Fraktionsversammlungen vorher gefallen. Und zwar so, daß diesbezügliche Forderungen gar nicht gestellt werden dürfen. Die Praxis solcher Fraktionssitzungen ist ebenfalls hinlänglich bekannt. Sie sind die Ebene, auf der sich die Karrieristen hervortun, den Bonzen zu Munde reden, um früher "etwas zu werden".

Die Abstimmungsmaschinerie lief dann dementsprechend. Was die SP-Mehrheit beantragte, wurde beschlossen. Nicht ein Wort durfte an den Formulierungen geändert werden. Aber auch das ist nichts Neues.

So erschöpfte sich dann die Konferenz in und an dem Referat des ÖGB-Sekretärs Hofstetter. Es war die übliche Leier, wie sie auch bereits zur Genüge bekannt ist. Die Gewerkschaft macht sowieso alles, was notwendig ist; wieder einmal muß der Gürtel enger geschnallt werden; gegenwärtig muß auf die Wirtschaft Rücksicht genommen werden usw. Wer das nicht glaubt, der ist ein bösartiger Verleumder und Hetzer. Ein einziger "Heil"-Ruf also wieder einmal auf die Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft, diesmal verbrämt mit einem mahnenden Hinweis auf die Krise der kapitalistischen Mißwirtschaft, deren Auswirkungen nach Hofstetter die arbeitenden Menschen tragen sollen.

Ein regelmäßiger "Volksmacht"-Leser als Zuhörer konnte bei diesem Referat durchaus auf den Gedanken kommen, daß Hofstetter ausschließlich sprach, um die Argumente der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter zu entkräften, weil er deren Wirkung in der Arbeiterschaft fürchtete.

Die Anträge unseres Genossen Jocha, für eine automatische Teuerungsabgeltung und dazu eine Reallohnerhöhung sowie für die Stornierung des VÖEST-Projekts in Südafrika einzutreten, wurden nicht zur Abstimmung gebracht, nachdem sie Hofstetter in einer weichen Erwiderung unter den Tisch expediert hatte.

Die Langeweile, die sich auf den Gesichtern der meisten Delegierten ausdrückte, wurde nur einmal durch Unruhe unterbrochen. Nämlich zu dem Zeitpunkt, da die Diätenauszahlung im Vorraum vorgenommen wurde. Worauf im Saal fast die gleiche lähmende Leere herrschte, wie wir sie aus den Fernsehaufzeichnungen der Sitzungen der "Volksvertreter" im Parlament kennen.

Anläßlich seines Ausscheidens wegen Pensionierung hatte ein revisionistischer Betriebsrat noch den Mut, die Tätigkeit

(Fortsetzung auf Seite 11)

für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)







Jedem das Seine?

Der 30. Jahrestag des Endes von Krieg und Hitler-Faschismus war für die herrschende Kapitalistenklasse ein willkommener Anlaß, uns einzureden, wie gut es uns doch in Österreich gehe und wie sehr wir zufrieden sein sollten. Was ist das aber für ein Österreich, das sich da seit 1945 entwickelt hat und das uns die Herren Unternehmer, die Manager und Bonzen in Großbetrieben, Parteien und ÖGB sozusagen als Paradies darzustellen versuchen? Es ist ein Land, in dem die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung sich bei der Arbeit plagt, damit eine Handvoll superreicher Nichtstuer Millionenprofite einstreichen kann.

Die Kreisky, Androsch, Schleinzer, Koren, Schöller, Mautner, Benya, Sallinger usw., die uns „Seid zufrieden!" sagen, können selber freilich zufrieden sein, denn ihre eigenen Brieftaschen sind wohlgefüllt. Den arbeitenden Menschen, die Österreich aus Schutt und Asche wieder aufbauten, zeigt sich allerdings eine düstere Zukunft.

Das kapitalistische System befindet sich in einer weltweiten Krise. Diese grinst jetzt auch schon uns ins Gesicht, uns Österreichern, die angeblich — dank „Sozialpartnerschaft" und SPÖ-Regierung — auf einer „Insel der Glückseligen" leben. Die „Wirtschaftsforscher" kündigen für heuer sinkendes Wirtschaftswachstum, zunehmende Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit an — nicht nur im Ausland, sondern auch in Österreich.

Gleichzeitig steigen die Preise und Tarife und eine 9prozentige Steigerung des Lebenshaltungsindex wird „vorausgesagt". Sind wir Arbeiter schuld an dieser Entwicklung? Bestimmt nicht. Es ist ja nicht „unsere Wirtschaft", obwohl man uns das gern einreden will. Deshalb: Kämpfen wir gegen Entlassungen bis zur Besetzung stillgesetzter Betriebe und ihrer Weiterführung durch die Belegschaft selbst! Und kämpfen wir für die Weiterzahlung des durchschnittlichen Lohns bei Kurzarbeit, da letztere vom kapitalistischen Unternehmer, nicht aber von den Werktätigen verschuldet ist!

Die hohen Herren reden uns ein, wir, die arbeitenden Menschen, säßen mit ihnen „auf einem Ast", ja wir wären sogar „Wirtschaftspartner" der Kapitalisten. Es ist aber so, daß sie die Produktionsmittel besitzen und wir ihnen unsere Arbeitskraft verkaufen (müssen). Sie haben den Profit und wir dürfen dank Überstunden und Pfusch ein bisserl „Wohlstand" schnuppern.

Sie, die privaten und bürokratischen Kapitalisten, haben sich während der Konjunktur gesundgestoßen. Jetzt aber wollen sie die Lasten ihrer Wirtschaftskrise auf uns abwälzen: mit Entlassungen und Kurzarbeit, mit andauernder Geldentwertung und künftighin mit dem „Einfrieren" der Ist-Löhne. Das soll derart geschehen, daß ÖGB und Arbeiterkammer als „Abgeltung" der Teuerung nur die

VRA

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML):

Unser Lokal, Wien 20, Universumstraße 40

Jeden Dienstag ab 19 Uhr und jeden Freitag ab 18 Uhr

Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen

Besucher sind uns herzlich willkommen

70-g-Marke

Drucksache

An die

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

1205 Wien
Postfach 3

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML): Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha: alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien. Verlagspostamt 1200 Wien.

Nummer 99A

Und in ihrer Verzweiflung versuchen sie alles, die Beispielswirkung des heroischen Kampfes der indochinesischen Völker einzudämmen und zu verunglimpfen, um der eigenen kapitalistischen Haut eine längere Existenz zu sichern.

Deshalb gibt es die Versuche, die grandiosen Siege der Völker im Befreiungskampf in Indochina in "kommunistische Aggressionsakte" zu verfälschen, die Furcht der Bevölkerung vor der Vernichtung ihres Lebens durch faschistische Banditen in eine "Abstimmung mit den Füßen" zu verwandeln. Solcherart soll ausgedrückt werden, daß die Bevölkerung in Südvietnam vor der Befreiungsarmee davonliefe. Die Wahrheit ist wie immer dieser Hetze gerade entgegengesetzt. Die Tinte auf dem Papier des Pariser Waffenstillstandsabkommens war noch nicht trocken, da versuchte die US-Marionette in Saigon, Thieu, bereits, die Erfolge des Volkes in einem jahrelangen Kampf gegen ein korruptes, faschistisches Regime und gegen die amerikanische Aggression zunichtezumachen. Mit unzähligen Verletzungen wurde vom Thieu-Regime dieses Abkommen gebrochen und faktisch aufgehoben, wurde der Frieden und die Durchführung des Pariser Abkommens verhindert.

Thieu setzte nicht nur ständige militärische Aktionen gegen die befreiten Gebiete, er schaltete auch die sogenannte "dritte Kraft" völlig aus, die an der Durchführung des Pariser Abkommens mitarbeiten hätte sollen. Diese "dritte Kraft" waren die oppositionellen Kräfte in der Saigoner Verwaltung, die bis auf wenige ganz einfach ins Gefängnis geworfen wurden.

Es ist kein Wunder, daß da einmal das Faß zum Überlaufen kommen mußte. Die Befreiungsstreitkräfte - eins mit dem südvietnamesischen Volk - haben zurückgeschlagen und das korrupte Thieu-Regime ist nun völlig im Zusammenbruch begriffen, weil für wahnwitzige Faschisten niemand mehr einen Finger rühren will. Die ehemaligen Ja-Sager zum Thieu-Regime nicht mehr und schon gar nicht der US-Imperialismus, der ja im Krieg nicht Milliarden verlieren, sondern verdienen will. Kein Wunder und vollkommen selbstverständlich ist, daß das aus dem Volk rekrutierte Kanonenfutter längst weiß, daß seine Zukunft nur in der Kapitulation und der Integrierung in die neue Ordnung liegt. Wenn in einem Haus die tragende Säule bricht, ist es unweigerlich zum Zusammenbruch verurteilt. Dasselbe erlebt jetzt das faschistische Thieu-Regime.

Und die überwältigende Mehrheit der südvietnamesischen Bevölkerung begrüßt dies. Sie stimmt nicht "mit den Füßen" gegen die Befreiung ab, wie uns die kapitalistischen Machthaber mittels ihrer Massenmedien einreden wollen. Was uns da an "Flüchtlingen" verkauft werden soll, gliedert sich in zwei Teile. Erstens die tatsächlichen Flüchtlinge. Das sind diejenigen, die am millionenfachen Tod vietnamesischer Menschen Millionen verdient haben, und die jetzt selbstverständlich Angst vor der Verantwortung haben. Ihr wahres Wesen zeigte sich deutlich in den Berichten, die selbst in Österreich gebracht werden mußten. Danach haben sich diese Leute rücksichtslos den "Fluchtweg freigeschossen", ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder, Babies. Und zweitens in diejenigen, die irgendwohin wollten, wo sie glaubten, dem Tod entrinnen zu können. Dem Tod, den der faschistische Häuptling Thieu für den Fall ankündigen ließ, daß die Bevölkerung an Ort und Stelle verbleiben und auf die Befreiung warten würde. Den Tod in Gestalt der "verbrannten Erde" mittels mörderischer Bombardements, Sprengungen usw. Daß diese Menschen als "Flankenschutz" der Banditen fungieren mußten, ist ebenfalls bewiesen. Selbst die Kapitalistenpresse mußte berichten, daß die vietnamesischen Kriegsverbrecher inmitten von sogenannten "Flüchtlingen" ungefährdet das Weite suchen wollten. Denn selbstverständlich wurden solche Kolonnen auf den Straßen nicht von der Befreiungsarmee angegriffen. Im Gegenteil. Sie wurden sofort begrüßt und mit dem Lebensnotwendigsten versorgt. Innerhalb weniger Tage wurde in den befreiten Gebieten - die sich ganz einfach dadurch erweitert haben, daß die Faschisten die Flucht antraten - das Chaos überwunden und die Lage normalisiert, wurden Ernährung, ärztliche Versorgung usw. sichergestellt. Die Wirklichkeit hat auch die Lüge von der "Abstimmung mit den Füßen" widerlegt.

Heute wird in Indochina wieder ein Markstein für eine glanzvolle Zukunft der Menschheit gesetzt. Unter großen Opfern, die man im Interesse des Fortschrittes bringen muß, die aber unvergleichlich geringer sind, als wenn die Völker der Welt im Sklavendasein unter kapitalistisch-imperialistischer Herrschaft verharren und wegen Profitinteressen von wenigen neben der "normalen" Ausbeutung noch die mörderischen Opfer imperialistischer Kriege bringen müssen. Der Sieg der indochinesischen Revolution, der seinem Höhepunkt entgegengeht, reiht sich ein in die Marksteine, die unseren unbedingt zu gehenden Weg zeichnen: Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland, Sieg im antifaschistischen Krieg gegen Nazi-Deutschland, Sieg der Revolution des chinesischen Volkes, Niederlage des US-Imperialismus in Korea. Auf der ganzen Welt sind heute die Völker daran, neue Marksteine zu setzen.

Auch für uns österreichische werktätige Menschen gilt es, Marksteine zu setzen. Eine Vorbedingung dafür ist, daß wir Klarheit bekommen. Das klassische Wesen des Imperialismus, die ausbeuterischen Kapitalisten alter Prägung kennen wir bereits. Aber so einfach sind die Dinge nicht. Die "alten" Kapitalisten erhalten Schützenhilfe durch neue, die wir noch nicht so klar erkennen. Diese neuen Machthaber sind einerseits die SPÖ-Führer, die längst von "Arbeiteraristokraten", die man mit relativ wenig Zuckerln kaufen konnte, zu bürokratischen Kapitalisten geworden sind. Ihre Einkommensmillionen stehen in keinem Einklang zu unseren Einkommensschillingen. Ihnen dürfen wir keinesfalls mehr trauen, selbst wenn sie sich noch so "revolutionär" geben, wie es Kreisky und Co. im Interesse kapitalistischer Profitwirtschaft tun wollen.

Andererseits stehen wir vor der Gefahr, den revolutionären Phrasen von Pseudokommunisten auf den Leim zu gehen. Und zwar in der Gestalt der "K"PÖ-Führer und ihrer russischen Oberherren, der Kremlbosse.

Sie "feiern" heute den Sieg der indochinesischen Völker. Dabei haben sie diese jahrelang ausgenützt, die weltbeherrschenden Pläne der russischen Sozialimperialisten zu verfolgen.

Vietnam, Laos und Kambodscha waren willkommene Mittel dazu. Da wurde jahrelang der US-Präsident Kennedy als "Friedensengel" gefeiert, obwohl er es war, der den Mordkrieg gegen die indochinesischen Völker in voller Wucht entfachte. Heute geben sogar die höchsten amerikanischen Stellen zu, daß Kennedy das "Verhängnis Indochina" auf dem Gewissen habe, weil er zum "Cäsarentum" (vergleichbar mit Weltherrschaftsträumen) geneigt habe. Mit gutem Grund haben die russischen Sozialimperialisten das getan. Weil sie wußten, daß mit dem nicht zu gewinnenden Krieg von Indochina die USA Kraft und Substanz verlieren würden, und daß die Kreml-Herren dadurch zur Nummer 1 in der Beherrschung der Welt werden würden. Und tatsächlich haben erst mit dem Blut der indochinesischen Freiheitskämpfer die russischen Sozialimperialisten - zuerst mit Chruschtschow, dann mit Breschnew an der Spitze, diese Stellung erreicht.

Heute feiern diese Leute den Sieg in Indochina. Gleichzeitig bedauern sie, daß damit ein "Atout" gefallen ist. Abgesehen davon, daß ihre "brüderliche Hilfe" gar keine Hilfe war - die vietnamesischen Genossen wissen das am besten -, wollen sie sich darstellen als die "entscheidenden Hilfegeber". Dabei haben sie jahrelang veraltete Waffen als sogenannte "Hilfe" geliefert, haben, wo sie konnten, auf Verhandlungen gedrängt, die zu nichts führen konnten, haben sie das Lon-Nol-Regime in Kambodscha bis zuletzt als "Vertretung des kambodschanischen Volkes" anerkannt.

Wenn die Kreml-Herren heute auf ihre angeblich "entscheidende Hilfe und Unterstützung" hinweisen, so ist das nichts als Betrug. In Wirklichkeit setzten und setzen die russischen Sozialimperialisten alles daran, den revolutionären Kampf der Völker abzuwürgen: Nicht die Völker sollen Herr ihrer eigenen Angelegenheiten sein, sondern die russischen Machthaber wollen als angebliche "Schutzherren des Fortschritts" ihre imperialistische Weltherrschaft errichten.

Der Sieg der Völker Indochinas hat bewiesen, was Genosse Mao Tsetung in seiner Erklärung vom 20. Mai 1970 gesagt hat:

"Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."

Wenn die Völker der Welt sich auf ihre eigene Kraft besinnen und sich dabei auf den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen orientieren, so sind sie unbezwingbar. Dann werden die Imperialisten und Kapitalisten alter und neuer Prägung sicher geschlagen werden. Das wird auch bei uns in Österreich so sein. Auch die SP- und "K"P-Bonzen werden als Kapitalsvertreter entlarvt, bekämpft und mitsamt der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft geschlagen werden.

Denn auch in Österreich muß das werktätige Volk in seinem Lebensinteresse die Macht übernehmen. ●

Kollektivvertragslöhne erhöhen wollen, was in der Praxis überhaupt nichts bringt, weil die Ist-Löhne — konjunkturbedingt — bereits weit höher liegen. Das bedeutet zwar ständige Preiserhöhung, aber faktisch keinerlei Lohnerhöhung.

Die Kapitalisten wollen uns weismachen, daß wir nur die Wahl hätten, entweder durch höhere Inflationsraten „den Arbeitsplatz zu erhalten" oder durch eine höhere Arbeitslosenrate eine teilweise „Stabilisierung des Geldwertes" zu erreichen. In Wirklichkeit gibt es nicht einmal diese Wahl: Wir haben g l e i c h z e i t i g sowohl die Inflation als auch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit! Deshalb sagen wir: automatische Teuerungsabgeltung u n d Erhöhung des Reallohns!

Österreich ist keine Insel. Diese unsere Welt von heute ist voller Unruhe, jedoch auch voller Hoffnung für die arbeitenden Menschen aller Länder. Die Supermächte USA und Rußland stiften überall Unruhe, sie ringen miteinander um die unumschränkte Weltherrschaft. Das ist ein unabänderliches Gesetz des Imperialismus, das zu mörderischen Kriegen führt. Doch die Staaten wollen Unabhängigkeit, die Nationen wollen Befreiung und die Völker wollen Revolution — das wird soeben durch die gewaltigen siegreichen Kämpfe vor allem der Völker Indochinas bewiesen.

Auch die arbeitenden Menschen in Österreich sollten die internationale Entwicklung verfolgen und einschätzen, denn im Herzen Europas liegt unser Land im Brennpunkt der Weltherrschaftskonkurrenz der beiden Supermächte. Entweder verhindert die Revolution einen dritten Weltkrieg oder dieser führt zur Revolution. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir erst durch unsägliche Opfer eines imperialistischen Weltbrandes die Notwendigkeit der Revolution erkennen oder schon vorher durch die Revolution der Gefahr des imperialistischen Krieges begegnen. Nie und nimmer dürfen wir die Frage der Stellung Österreichs in der Welt der herrschenden Kapitalistenklasse überlassen, die im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft stets dazu neigt, mit dem Mächtigsten zusammenzuarbeiten ohne Rücksicht auf das Volk. Wir müssen erkennen, daß es bereits unbedingt notwendig geworden ist, das längst untergangsreife, mörderische kapitalistisch-imperialistische System zum Teufel zu jagen. In Österreich und weltweit!

Österreich gehört zur „Zweiten Welt", das heißt zu jenen entwickelten kapitalistischen Ländern, die einerseits, weil sie wesentlich kleiner und schwächer sind als die beiden Supermächte USA und Rußland, von letzteren drangsaliert und terrorisiert werden, anderseits aber an der imperialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer indirekt mitbeteiligt sind. Unsere herrschende Klasse will einerseits als „Diener zweier Herren" bei den Intrigen der beiden Supermächte mitmischen und mitnaschen, ist aber anderseits bestrebt, sich mit ihrer angeblichen „Neutralitätspolitik" bei den Ländern der Dritten Welt einzuschmeicheln. In dieser Situation erhebt sich die Forderung: Unabhängigkeit von den beiden Supermächten! Ehrliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt!

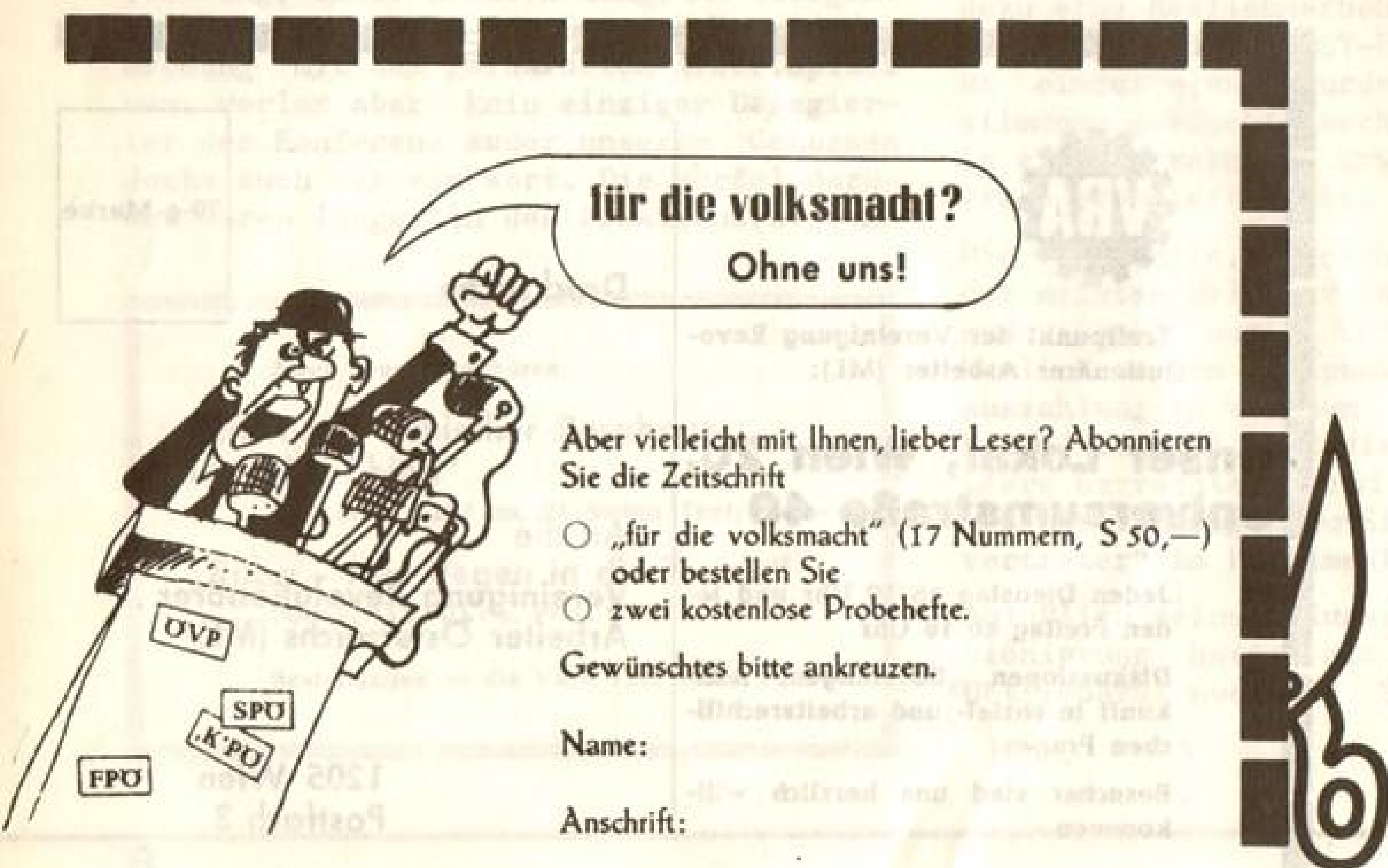
Im Interesse der Aufrechterhaltung von Macht und Profit bereitet sich die herrschende Kapitalistenklasse in Österreich auf das heurige Wahltheater vor. Alle bürgerlichen Parteien — das sind ihrer Klassenpolitik nach sowohl SPÖ wie ÖVP, FPÖ und ‚K'PÖ — haben die Propagandawelle für die Nationalratswahl am 5. Oktober bereits ins Rollen gebracht und wollen mit ihr jegliche Bewegung der arbeitenden Menschen für ihre gerechten Forderungen „überrollen". Die denkenden Werktätigen können jedoch aus der Erfahrung lernen, daß sie in dieser „parlamentarischen Demokratie" nichts zu reden und niemanden zu wählen haben, weil die Ausbeuterklasse und ihre Parteien das Wahlergebnis nur dazu benützen, um weiterhin „im Namen des Volkes" g e g e n das Volk zu regieren. Um sich gegen die Anschläge des Kapitals zu wehren, kann sich aber die Arbeiterklasse, kann sich das ganze werktätige Volk lediglich auf die e i g e n e K r a f t verlassen — auch gegen den Willen der ÖGB-Bonzen. Und diese ihre Kraft kann allmächtig sein, wenn sie sich auf die bewußte Aktion der breitesten Massen im Betrieb und auf der Straße kundtut!

Deshalb: Boykottiert das Wahltheater! Entschieden wird in den Betrieben!

Es lebe der 1. Mai 1975!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch! Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs
(Marxisten-Leninisten) ●



Aber vielleicht mit Ihnen, lieber Leser? Abonnieren Sie die Zeitschrift

○ „für die volksmacht" (17 Nummern, S 50,—)
oder bestellen Sie
○ zwei kostenlose Probehefte.

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

(Fortsetzung von Seite 8)

der ÖGB-Bezirksleitung und seine "Mitarbeit" darin als eine "verantwortungsvolle und ehrende" Angelegenheit zu betrachten. Nun, diese Herrschaften werden wissen, warum.

Das ist die "Praxis" von Gewerkschaftsversammlungen, wie wir sie unzählige Male kennengelernt haben und wie sie auch den Arbeitern bekannt ist. In einem solchen "Forum" um Arbeiterinteressen kämpfen zu wollen, ist reine Illusion. Wenn man den Arbeitern einreden will, "um die Gewerkschaft zu kämpfen", erreicht man nur, daß unsere Kollegen glauben, wir wollten ebenfalls zu "Positionen" gelangen. Das beruht auf ihrer bitteren Erfahrung aus der Praxis. Nur wenn sie sich zu einheitlichem, entschiedenen Kampf in den Betrieben entschließen, können die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen erkämpfen. ●

Terror im Süden Afrikas

Als sich nach den Siegen der Befreiungskämpfer in den portugiesischen Kolonien die Lage im südlichen Afrika immer mehr zu Gunsten der dortigen Völker und zu Ungunsten der weißen Rassistenregierungen wandelte, redeten Vorster (in Sudafrika) und Smith (in Rhodesien) plötzlich von "Versöhnung" mit der schwarzen Bevölkerung. Sie gaben sich den Anschein, als wollten sie den berechtigten Anliegen der Völker im südlichen Afrika Rechnung tragen, die seit vielen Jahren gegen die brutale Unterdrückung durch die weißen Rassisten einen bewaffneten Freiheitskampf führen. Nun, das wirkliche Ziel der weißen Rassistenregimes war, die kämpfenden Afrikaner dazu zu bewegen, ihre Waffen aus der Hand zu geben, ihren Kampf einzustellen, damit so die Herrschaft der Vorster und Smith gerettet wird.

Die Entwicklung hat das vollkommen klar gemacht.

Am 28. Februar werden in Rhodesien drei Befreiungskämpfer von den reaktionären Behörden ermordet. Die Rassistenregierung prahlt am gleichen Tag, daß sie fortfahren werde, die Freiheitskämpfer zu unterdrücken.

Am 4. März wird Sithole, Führer der Afrikanischen Nationalen Union von Simbabwe (ZANU) vom Smith-Regime verhaftet.

Am 16. März trifft sich Smith mit dem südafrikanischen Rassistenboß Vorster in Kapstadt. In einer gemeinsamen Erklärung nach Abschluß der Geheimgespräche heucheln sie: "Wir glauben, daß die Zukunft Rhodesiens eine Angelegenheit der Rhodesier - der Schwarzen wie der Weißen - ist, die sie untereinander ausmachen müssen." Aber kaum nach den Gesprächen Vorster-Smith wird der Vorsitzende der ZANU, Chitepo, ermordet. Gegen die hunderten Afrikaner, die daraufhin in Salisbury demonstrieren, wird schwerbewaffnete Polizei geschickt. In wenigen Tagen werden von den rhodesischen Behörden 21 Befreiungskämpfer erschossen.

Terror, Mord, Unterdrückung - so sieht die "Versöhnung" der Rassisten in der Praxis aus. Das ganze Gerede davon entlarvt sich als ein gigantischer Betrug. Während die Rassisten Befreiungskämpfer und deren Führer ermorden, haben sie aber noch die Stirn, zu sagen: "Wir glauben aufrichtig, daß alle Probleme am Konferenztisch gelöst werden können und sollen, nicht durch Gewalt"! Die Smith-Regierung hat durch Terror und Gewalt ihr wahres Gesicht gezeigt. Demgemäß hat auch das Volk von Simbabwe den Schluß gezogen: "Die Freiheit des Volkes kann nicht am Verhandlungstisch erreicht werden, sie kann nur durch den Sturz der Unterdrücker und ihres Systems im gewaltsamen Kampf realisiert werden." Die Erfahrungen lehren die Völker des südlichen Afrika, daß sie die Waffen in der Hand behalten und am Freiheitskampf festhalten müssen. Nur auf diese Weise kann und wird der Sieg errungen werden. ●

Der Sieg in Indochina

Die Zeichen der Zeit haben sich wieder einmal mit aller Vehemenz bemerkbar gemacht und sich all denjenigen auf die Leber geschlagen, die aus der Ausbeutung und Unterdrückung arbeitender Menschen ein profitables Leben in Saus und Braus führen. Zeichen der Zeit ist, daß die Völker Revolution wollen, und mit voller Wucht zeigt es sich gerade jetzt in Indochina.

Darüber geraten natürlich all diese ausbeuterischen Drangsalierer der Menschheit, die mit ihrem kapitalistischen Gesellschaftssystem einzig und allein die Ursache verheerender und mörderischer Ereignisse sind, in angstschlotterndes Zittern. ⇨

Falsche Freunde

Fünf Jahre lang hat Moskau der kambodschanischen Regierung die Anerkennung verweigert und trotz wiederholter Aufforderungen seine Beziehungen mit dem Lon-Nol-Regime nicht abgebrochen. Selbst als andere kapitalistische Staaten längst ihre Botschaften aus dem eingeschlossenen Phnom Penh evakuieren ließen, haben die Kremlherren die bankrotte Marionettenregierung noch als "Regierung Kambodschas" anerkannt. Jetzt aber haben sie die Unverfrorenheit, zu behaupten, die Sowjetunion habe immer an der Seite des kambodschanischen Volkes gestanden und werde das auch in Zukunft tun. Und Kossygin sandte an den kambodschanischen Staatschef Sihanouk ein Telegramm, in dem er versicherte, daß Rußland "unverändert" solidarisch mit dem kambodschanischen Volk sei.

Wie diese "Solidarität" aussah, das zeigen einige Tatsachen:

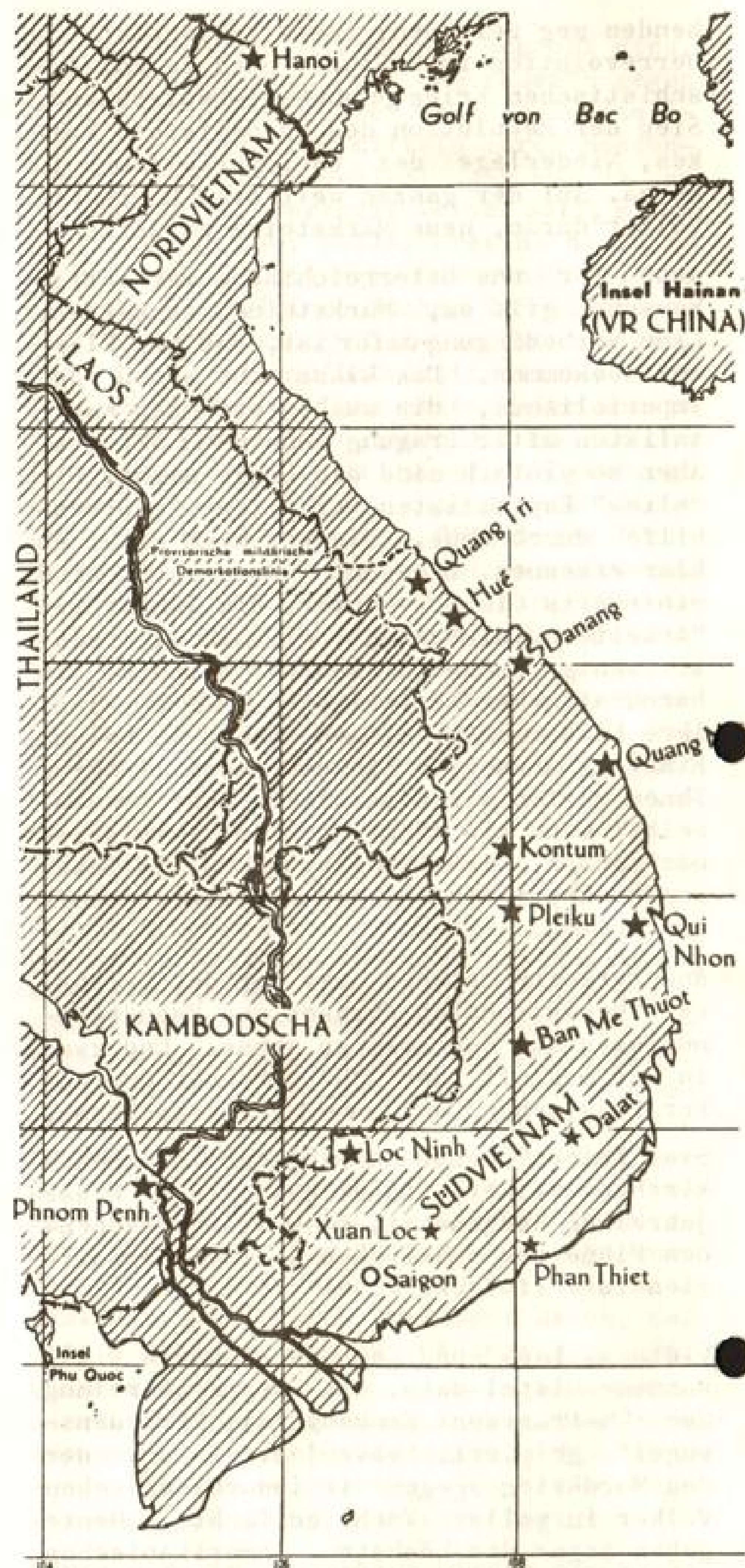
Am 14. Mai 1970, zwei Monate nach dem Putsch Lon Nols, hielt Rußland noch immer "diplomatische" Beziehungen mit den US-hörigen Putschisten aufrecht. Die "TASS" erklärte damals, die Regierung der nationalen Einheit Kambodschas sei ja nur eine Exilregierung.

Am 29. Jänner 1971 bezeichnete Radio Moskau Norodom Sihanouk als "Ex-Staatschef" von Kambodscha, womit deutlich für Lon Nol Partei ergriffen wurde. Ja, Rußland ging sogar so weit, daß es im Oktober 1972 für die Teilnahme der Lon-Nol-Banditen als Vertreter Kambodschas bei der 17. UNESCO-Konferenz stimmte.

Schließlich schlugen die russischen Imperialisten die gleichen Töne wie die USA an und propagierten für Kambodscha eine "Verhandlungslösung", um die dortigen Befreiungskämpfer zur "Aussöhnung" mit den landesverräterischen Putschisten in Phnom Penh zu bewegen. Damals geiferte auch die "K"PÖ, nur der "Exilprinz" Sihanouk sei schuld, wenn es in Kambodscha noch keinen Frieden gäbe!

Um das ganze Bild abzurunden, genügt es, die Erklärung des Lon-Nol-Vizefinanzministers Mau anzuführen, daß die Sowjetunion nach dem Putsch Lon Nols 1970 ihre militärische wie auch andere Hilfe nicht eingestellt, sondern Lon Nol unterstützt hat!

Es zeigt sich also, daß Rußland zu keiner Zeit den Befreiungskampf in Kambodscha unterstützt hat. Im Gegenteil: Es hat Lon Nol die "Treue" gehalten und erst, als dessen Niederlage endgültig besiegelt war, beeilten sich die Sozialimperialisten, die Lon Nol-"Botschaft" aus Moskau auszuweisen und sich als "Feinde" der Marionettenregierung und als "Freunde" des kambodschanischen Volkes in Szene zu setzen. Denn mit einer politischen Leiche wie Lon Nol war wirklich nichts mehr für Rußland zu holen, und die russischen Sozialimperialisten wollen sich ja den Weg freihalten, um sich auch in Zukunft - als die sogenannten "wahren Freunde" - in die Angelegenheiten des kambodschanischen Volkes einzumischen. ●



Wie war das mit den Flüchtlingen?



„Es war sinnlos", erklärte später ein Pilot der Saigoner Luftwaffe, „wozu sollten wir noch weiter in diesen Rauchpilz ballern, der einmal Phuoc Binh war." Aber Nguyen Cong Tanh, der faschistische Provinzchef, schrie nach wie vor per Funk seinen Befehl an die Piloten: „Greift an!" Noch am selben Tag, dem 7. Jänner 1975, war die Provinzhauptstadt ein Trümmerhaufen.

Seither haben noch andere Städte Südvietnams das Schicksal Phuoc Binhs geteilt, denn das Rezept des Saigoner Diktators war denkbar einfach: Jede Siedlung, die er militärisch nicht mehr halten konnte, wurde zerstört. Womit er seinen Feinden nur rauchende Ruinen hinterließ und womit er gleichzeitig auch die Bevölkerung bestrafte, die ja großteils mit der Befreiungsfront sympathisiert und sie unterstützt.

Weil aber die Massenmedien — selbstverständlich auch die österreichischen — gerne auf der Herz-Schmerz-Welle schwimmen, deshalb baden sie jetzt in einem Meer von Krokodilstränen. Mit einem Zynismus, dessen gigantische Größe fast schon wieder bewundernswert ist, bedauern sie die vielen Flüchtlinge, die nun kreuz und quer durch Südvietnam irren, wobei sie jedoch großzügig über die wahren Ursachen des Flüchtlingselends hinwegsehen.

Wann flohen denn die Einwohner Hués, Kontums und all der anderen Städte? Als sie hörten, daß die Volksbefreiungsstreitkräfte unaufhaltsam näherkämen? Nein, sie flohen, als die Saigoner Behörden mit dem Evakuierungsbefehl das Todesurteil über die jeweilige Stadt sprachen, denn da wußten sie, daß sie in ihren Wohnstätten möglicherweise binnen weniger Stunden unter einem Bombenteppich begraben werden konnten. (Es war nur dem raschen Zusammenbruch der Saigoner Truppen zu danken, daß nach Quang Tri und Hué nicht auch noch andere Städte vollkommen zerstört wurden.) Die Flüchtlinge packten also hastig ein Bündel Habseligkeiten und flohen — aber wohin? Zu den Volksbefreiungsstreitkräften? Das war nicht einfach, weil zwischen diesen und ihnen ja noch Thieus „Spezialeinheiten" waren, welche „Deserteure und Überläufer" standrechtlich erschossen und außerdem Brücken sprengten, Wege verminten und eine möglichst breite Zone „verbrannter Erde" schufen. Viele Flüchtlinge versteckten sich in den nahen Bergen und Wäldern, viele andere aber blieben auf den verhältnismäßig sicheren Hauptstraßen und gelangten — „begleitet" von Thieus zurückflutenden Truppen — zur Küste, wo sie schon von amerikanischen Fernsehteams erwartet wurden, um aller Welt als „Opfer des Kommunismus" zu dienen. Und die Fernsehberichte aus Danang waren tatsächlich beeindruckend, obwohl sie sicher nicht dem Wunsch der Auftraggeber entsprachen:

- ☐ Tausende Soldaten zogen plündernd durch die Stadt.
- ☐ Eine Eliteeinheit des Saigoner Diktators — die „Panther" — schoß sich einen Weg durch die Flüchtlingsmassen und stürmte die letzten Evakuierungsflugzeuge.
- ☐ Auf den Schiffen, die nach Süden fuhren, übernahmen ebenfalls Soldaten das Kommando. Zivilisten wurden ins Wasser geworfen, Frauen vergewaltigt, das Gepäck der Passagiere gestohlen.

SOS für Thieu

Zum Thema Antikommunismus und Flüchtlinge paßt auch ein Bericht, mit dem eine österreichische Tageszeitung unterschwellig Propaganda machte. Die von einem Österreicher gegründete SOS-Kinderdorfgemeinschaft hat nämlich in vielen Ländern Waisenhäuser gebaut; sogar im Herrschaftsbereich Thieus. An sich eine edle Sache. Leider aber haben die gutgläubigen Wohltäter nicht daran gedacht, daß sich für einen Faschisten auch Waisenhäuser von heute auf morgen in militärische Objekte verwandeln, sobald sie sich nicht mehr in seinem Herrschaftsbereich befinden. Der „Kurier" berichtete über ein SOS-Kinderdorf in der Nähe von Dalat:

„Mit einer alten amerikanischen Propellermaschine aus dem zweiten Weltkrieg wurden die Kinder — vom Baby bis zum Zwölfjährigen — vor dem anrückenden Inferno gerettet. In letzter Minute. Denn in der Nähe ... tauchten bereits im Unterholz des Dschungels die ersten Kampfgruppen des Vietkong auf."

Natürlich vergißt der Berichterstatter den klärenden Hinweis, daß der aus dem Unterholz auftauchende Vietkong ganz gewiß nicht die Absicht hat, auf Kinder zu schießen oder Wohnstätten — noch dazu im befreiten Gebiet — zu zerstören. Aber es ist möglich, daß die von einem amerikanischen Flugzeug weggebrachten 98 Waisen ihr Kinderdorf inzwischen durch amerikanische Fliegerbomben endgültig verloren haben. ●